

ANSICHTEN-AUSSICHTEN

◀ Jahresplan für
das Jahr 2016

Seite 2 >>>

◀ Neuenhagen:
Engagierte Stadt

Seite 4 >>>

◀ Miteinander:
GartenNachbarn

Seite 6 >>>

**26. Brandenburger Frauen-
woche rund um den 8. März**



Am 3. März
startet, wie
in jedem
Jahr rund
um den
Internatio-
nalen Frau-
entag, die
Brandenbur-
ger Frauenwoche. Sie ist einmalig in
Deutschland.



Diana Golze

Wir können stolz auf diese Tradition sein, die 1991 von Regine Hildebrandt ins Leben gerufen wurde. Die Idee dazu entstand, weil klar war, dass viele Frauen im Prozess der deutschen Vereinigung die schlechteren Karten gezogen hatten. Wir haben in unserem Land viel erreicht, aber wir wollen mehr. Wir haben eine hohe Erwerbsbeteiligung und gute Kinderbetreuungsangebote. Dennoch verdienen Brandenburgerinnen bei gleicher Arbeit im Schnitt acht Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Schon heute wird jedes dritte Unternehmen in Brandenburg von einer Frau geleitet. Aber wir brauchen noch mehr Brandenburgerinnen in Führungspositionen. Die zweite rot-rote Landesregierung hat im Koalitionsvertrag eine Quote von mindestens 40 Prozent vereinbart, um dieses Ziel zu erreichen.

Für mich ist die Frauenwoche ein willkommenen Anlass, mich bei allen zu bedanken, die sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten für Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung stark gemacht haben. Das Land schuldet auch jenen Frauen besonderen Dank, die in den zahlreichen Willkommensinitiativen mit anpacken, denn nur gemeinsam können wir die großen Herausforderungen, die mit der Integration der Flüchtlinge verbunden sind, meistern.

*Diana Golze ist Ministerin für
Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen
und Familie des Landes Brandenburg*

Grund zur Freude gab es nicht nur für das Foto. Marianne Hitzges (SPD), Gabi Zink-Ehlert (GRÜNE), Ilka Goetz (LINKE) und Corinna Fritzsche-Schnick (CDU) ließen ausgetretene Pfade hinter sich und erarbeiteten einen Kompromissvorschlag für die Eisenbahnstraße, der vielen Problemen begegnete und am Ende überzeugen konnte. Am Ende verblieben drei Gegenstimmen. Über einen großen Kraftakt, der sich lohnt hat: **Seite 3.**

Links aktiv

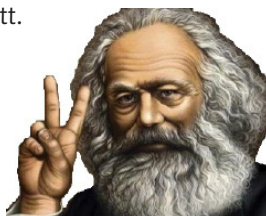
Neu in der Gemeindevertretung ist Hannes Tarun, (20 Jahre) der seit Januar 2016 als sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der LINKEN im Kultur- und Sozialausschuss mitarbeitet.

Hannes Tarun war zuvor langjähriger Gesamtschülersprecher am Einstein-Gymnasium und arbeitete auch in der Jury zur Eisenbahnstraße mit und studiert heute Technomathematik. „Ich will den Schritt vom politischen Interessierten zum kommunalpolitisch aktiven Bürger wagen“, sagte uns Hannes zu

seiner Motivation. „Im Kultur- und Sozialausschuss freue ich mich nun darauf, als erst 20-Jähriger eine neue, junge Perspektive in die Diskussion einbringen zu können. Und natürlich will ich mich verstärkt für die Belange der Jugendlichen in Neuenhagen einsetzen.“

Hannes Tarun engagiert sich seit August 2015 im Linksaktiv Neuenhagen. „Die Sommergesprächsreihe des Linksaktivs war für mich ein Einstieg. Die offenen Diskussionsrunden und die Möglichkeit selbst Aktionen und Veranstaltungen zu machen, haben

mir das Gefühl gegeben, wirklich etwas bewegen.“ Sven Kindervater, der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in Neuenhagen meint dazu: „Linksaktiv wirkt. Nicht nur für uns, sondern auch für Neuenhagen, denn es ist gut wenn mehr junge Leute in der Gemeindepolitik mitmachen.“ So finden immer am ersten Dienstag des Monats um 19 Uhr im Bürgerhaus die kommunalpolitischen Gespräche statt.



Verkehrsgutachten Rahmenplan Gruscheweg mit neuen Vorschlägen



Angela Kann
ist sachkundige
Einwohnerin im UBOA.

Lange haben die Gemeindevertreter und interessierte Bürger darauf gewartet – das Verkehrsgutachten Gruscheweg. Dieses Gutachten betrachtet nicht nur die Verkehrssituation im neu zu bebauenden Gebiet Gruscheweg 6, sondern befasst sich auch mit der gesamten Verkehrssituation im Zentrum von Neuenhagen.

Die wichtigste Aussage ist: Wir stehen nicht, wie befürchtet, vor einem Verkehrskollaps, wenn das neue Wohngebiet ausgebaut wird. Sicherlich ist unsere Problemkreuzung Haupt-/Fichte-/Eisenbahnstraße auch in diesem Gutachten als problematisch angesehen, aber es werden durchaus auch Lösungsansätze für eine Verbesserung der Situation empfohlen.

Wichtiger Vorschlag ist eine Netztrennung einiger Straßen im neuen Wohngebiet, d.h. der Gruscheweg, wie die Speyerstraße werden vom Durchgangsverkehr abgebunden. Ein erhöhtes Verkehrsaufkommen in Richtung Fichte-/Jahnstraße wird dadurch unterbunden. Der Verkehr wird so im Hauptstraßennetz, wie die Carl-Schmücke-Straße und die Hauptstraße, gebündelt. Ein zügiges Einfädeln des Verkehrs aus dem Wohngebiet Gruscheweg soll durch einen neu zu schaffenden Kreisverkehr am Ortseingang, an der Kreuzung Gruscheweg/Carl-Schmücke-Straße, geschaffen werden. Dieser Kreisverkehr hat als positiven Nebeneffekt, dass die Geschwindigkeit der in den Ort einfahrenden Fahrzeuge reduziert wird.

Fahrrad und ÖPNV

Umfassend wird im Gutachten auf die Förderung des Fuß- bzw. Fahrradverkehrs eingegangen. Die ehemalige Bahn-

trasse (Speyerstraße) könnte als Radverbindung ausgebaut werden. Ebenso könnte die Rüdesheimer Str. / Annenstraße zur Hauptfahrradstraße ausgebaut werden. Auch die Ernst-Thälmann-Straße sollte für den Radverkehr aufgewertet werden. Die Lahnsteiner Straße könnte als Fußgängerachse ausgebaut werden.

Wichtig ist auch die Anbindung des ÖPNV an das Wohngebiet. Hier haben die Verkehrsplaner vorgeschlagen, die Buslinie 944 anzubinden bzw. Zusatzangebote des ÖPNV einzuholen.

Grundsätzlich soll im Wohngebiet mit einer konsequenten Verkehrsberuhigung (Tempo 30-Zone) gearbeitet werden.

Ideen zum Umsetzen

Was sind die Effekte auf den Verkehrsablauf bei Bebauung Gruscheweg: Die Verkehrsqualität auf den Hauptverkehrsstraßen wird sich leicht

verschlechtern. Nach langen und umfänglichen Messungen kommt das Planungsbüro zu dem Schluss, dass die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte und Strecken weiterhin gewährleistet ist. Es sind sogar noch Reserven vorhanden.

Dieses Gutachten hat aufgezeigt, dass bei durchdachter Planung unserer zukünftigen Straßennutzung ein weiterer reibungsloser Verkehrsablauf in Neuenhagen möglich ist. Sicherlich wird es zu Hauptverkehrszeiten zu Verzögerungen kommen, diese sind aber nach Messung im normalen Bereich.

Voraussetzung und damit Herausforderung für die Gemeinde wird hier sein, die Vorschläge hinsichtlich des Ausbaus des Fahrrad- und Fußgängernetzes zu forcieren und eine Erschließung des Wohngebietes durch den ÖPNV zu organisieren, um die positiven Planungselemente des Gutachtens auch umzusetzen.

Verwaltung und LINKE legen Jahresplanung für 2016 vor



Sven
Kindervater ist
Vorsitzender
der Fraktion
und des UBOA

Im vergangenen Jahr schrieb ich an dieser Stelle einen Doppelartikel: Auf der einen Seite standen die Ziele der Verwaltung, auf der anderen die Ziele der Linksfraktion. Nun sind schon fast zwei Jahre seit der Kommunalwahl vergangen und so sauber trennen lassen sich die Dinge gar nicht mehr.

Die Verwaltung hat der Gemeindevertretung (GVT) nun ihren Jahresplan für 2016 vorgelegt (siehe Infobox). Ganz in die Karten lässt sie sich noch nicht gucken, denn es wird nur das verraten, was auch noch dieses Jahr in die GVT kommen wird. Luft nach oben wäre also gegeben.

Viele Vorhaben gehen auf die Arbeit der Vorjahre und auf die Ausschüsse/GVT zurück. So befassen sich die Fachbereiche aufgrund unserer Anträge etwa mit einer Neuregelung der Aufwandsentschädigung und Fraktionsgeldern, mit der aufsuchenden Jugendarbeit und dem Hallenbad.

Etwas ins Abseits geraten sind die Diskussionen zu einem Bürgerhaushalt. Ebenso wollen wir die gute Kooperation nun gerne auch um den Fachbereich II erweitern, bei dem ebenso die Blaupause und mögliche Probenräume weiterhin aktuell bleiben. Auch die Reserven im Bereich Wirtschaftsförderung sollten angegangen werden. Und eine Herzensangelegenheit wäre mir die Errichtung eines Gedenkortes für die Verschleppten, Ermordeten und Zwangsarbeitenden des Dritten Reichs.

Arbeitsschwerpunkte mit Gremienentscheidungen:

Fachbereich I von Herrn Schubert

- Neufassung Aufwandsentschädigungssatzung/Zuwendung für Fraktionen
- Einführung Finanzsoftware
- Jahresabschluss 2012 und 2013
- Haushaltsplan 2017

Fachbereich II von Herrn Kirst

- Bedarfsanalyse aufsuchende Jugendarbeit
- Inbetriebnahme deutsch-polnische Kita
- Neu- und Umbauten der Schwanenteich- und Goethe-Grundschule
- 5. Änderung Kita-Gebührensatzung
- Überprüfung Friedhofsgebührensatzung und ggf. Anpassung

Fachbereich III von Frau Meyer-Klepsch

- Grünordnungsplan Trainierbahn / Bebauungsplan Altes Gut
- Wohngebiet Am Holländer
- Gruscheweg 6 / Gruscheweg 7
- Einzelhandelsentwicklung Carl-Schmücke-Str.
- Sportplatz - Gruscheweg
- Entwicklung Eisenbahnstraße
- Straßenausbau
- Entwicklung Sport- und Geschichtspark Bollensdorf
- Wege- und Leitsystem Korrespondenzregion
- Konzeption „Neuenhagen summt“
- Katastrophenschutz
- Präventionsprojekt Sichere Adresse Neuenhagen

Entscheidung im Miteinander: Frischer Wind für die Eisenbahnstraße



Ilka Goetz ist
Vorsitzende
der GVT.

Viermal tagte der zeitweilige Ausschuss oder 108 Tage dauert es von der 1. Sitzung bis zum Beschluss in der GVT

Jetzt – eine Handvoll Tage nach Beschluss des AN 001/2016, des gemeinsamen Antrages mit den GVT-Kolleginnen Marianne Hitzges, Corinna Fritzsche-Schnick und Gabi Zink-Ehlert zur Weiterentwicklung der Eisenbahnstraße – kann man eine richtige Bilanz ziehen: So schwer war es doch gar nicht ;-)

Dabei schienen der Arbeitsprozess und Diskussionsverlauf zur Entwicklung dieses gewichtigen Ortes an zentraler Stelle der Gemeinde Neuenhagen bei Berlin im Jahr 2015 nicht voranzukommen und es schien, als ob die lauten Rufer der letzten Jahre Recht behalten würden: Der ewige Vorwurf, dass die Gemeindevertreter/-innen ihre Hausaufgaben nicht machen und die notwendige Entwicklung der Eisenbahnstraße nicht angemessen einschätzen würden.

„Das Geheimnis des Erfolges ist, den Standpunkt des anderen zu verstehen.“
(Henry Ford)

Mich als Vorsitzende der Gemeindevertretung ärgerten diese Vorwürfe, weil sie insbesondere auch den neuen Mitgliedern in der GVT die Möglichkeit absprachen, sich selbst in die Materie einzuarbeiten, darüber hinaus aber auch nicht

erkannt wurde, dass über dieses ewige Vorhalten langwieriger Diskussionsprozesse Engagement eher behindert als befördert werden würde. Gut Ding will Weile haben... hätte ich gern an mancher Stelle gern noch lauter gesagt. Nichtsdestotrotz war ich jederzeit guten Mutes, dass über den Weg der gemeinsamen Arbeit an den verschiedenen Visionen und Ideen ein gutes Ergebnis entstehen würde.

Der im September in der GVT aus der Taufe gehobene Zeitweilige Ausschuss für Zentren- und Einzelhandelsentwicklung tagte bisher viermal, und zwar stets unter aufmerksamer Beteiligung der Neuenhager Bevölkerung (der Raum war immer voller Gäste), mit Einbeziehung externer Expertise (z.B. der Lebensmittel-Einzelhändler, Architekten und Projektentwickler oder auch des Landkreises) und vor allem mit der nötigen Offenheit, die angesichts der fehlenden Mehrheitsfähigkeit der vorliegenden Visionen notwendig war. Das Ergebnis kann sich nun sehen lassen. Und ich muss hier betonen, dass jenseits der Ausschüsse viele Gespräche stattgefunden hatten, in denen sich alle Ausschuss-Mitglieder um Lösungswege bemühten.

Manchmal braucht es ja nur noch einen kleinen Anstoß... Den gab es! Im Ausloten möglicher Schnittmengen konnte sich der Ausschuss – schweren Herzens – darauf verständigen, abweichend vom Rahmenplan, auf das alte Eisenbahnerhaus zu verzichten. Hinweise auf die schlechte Bausubstanz und eingeschränkte Optionen für eine künftige Nutzung führten

zu dieser Einschätzung. Darüber wurde nun die Neuordnung der gesamten Fläche möglich. Und diese Idee verfiel sofort: Ein L-Bau, in dessen Winkel der Drogeriemarkt angesiedelt werden könnte, mit der charmananten Vorstellung, dass der entstehende Marktplatz nicht von Discounter-Schaufensterfronten geprägt werden und ein attraktiver Ort mit Aufenthaltsqualität für alle Generationen entstehen würde. Moderne Architektur mit Bezug zum Bürgerhaus und die Aufnahme der Architektur der alten Eisenbahnerhäuser könnten in einer guten Balance für einen ansprechenden Ort mitten in Neuenhagen sorgen. Die Bedenken zur Verkehrsführung wurden dabei nicht ausgeklammert, sondern im besten Sinne aufgenommen: Zum einen gibt es bereits in der aktuellen Projektskizze Ideen zur Umsetzung (z.B. in der Nutzung der bereits vorhandenen Ausfahrt vom Bauhof A auf die Hauptstraße), zum anderen ist der Bürgermeister mit Beschluss durch die GVT beauftragt, ein Konzept zur Verkehrsführung zu entwickeln, mit dem Ziel der Vermeidung von Gefährdungen an der Kreuzung Haupt-/Fichte-/Eisenbahnstraße.

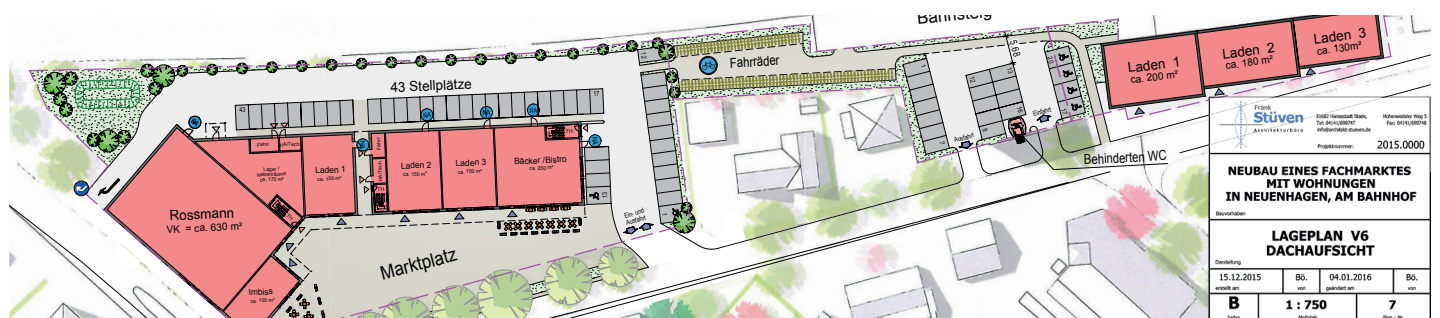
„Man darf nicht das, was uns unwahrscheinlich und unnatürlich erscheint, mit dem verwechseln, was absolut unmöglich ist.“
(Carl Friedrich Gauß)

Rückblickend ging dann alles ganz schnell: Am Rande der GVT Anfang Dezember berieten die vier Antragstellerinnen gemeinsam mit der Fachbereichsleiterin Frau Meyer-Klepsch über die Idee. Danach folgten

noch vor Weihnachten eine erste informelle Beratung mit Ausschuss-Mitgliedern und Anfang Januar eine entsprechende Ausschuss-Sitzung, in der dankenswerterweise auch Herr Holst als potenzieller Investor diese Idee mit einer passenden Zeichnung des Architekturbüros Frank Stüven untersetzen konnte. Auch wenn bis zum Beschluss in der GVT noch einige Wochen ins Land gehen würden, war spürbar, dass die Idee tragen würde und zur lange ersehnten Mehrheit für eine Weiterentwicklung der Eisenbahnstraße führen könnte.

„Nur wer selbst brennt, kann Feuer in anderen entfachen.“
(Augustinus von Hippo)

Die solide Zusammenarbeit der vier Antragstellerinnen untereinander, das gemeinsame Vertrauen in die Idee sowie das aufmerksame Verfolgen und Begleiten der fraktionsinternen und fraktionsübergreifenden Diskussionen haben maßgeblich zum Erfolg beigetragen, mindestens genauso aber auch die engagierte Mitarbeit aller Mitglieder im Sonderausschuss und das mehrheitlich getragene Vertrauen, dass aus der soliden Arbeit auch ein ebenso solides Ergebnis folgen wird. Damit war es bisher ein toller Arbeitsprozess, der für mich als Vorsitzende des Ausschusses nicht nur anstrengend war. Ich freue mich auf die nächsten Schritte und bin gespannt. Und natürlich sind alle Neuenhagerinnen und Neuenhager eingeladen, die Entwicklung der Gemeinde und insbesondere des Zentrums weiterhin so aufmerksam zu verfolgen und sich hier einzubringen.



Neuenhagen ist „Engagierte Stadt“

Interview mit **Heike Schön**, Leiterin des Projekts in der ARCHE-Neuenhagen

Ansichten-Aussichten: Was bedeutet „Engagierte Stadt“ eigentlich genau?

Frau Schön: Ein bundesweites Netzwerkprogramm hat 50 Kommunen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ausgewählt, diesen Titel tragen zu dürfen und – in unserem Falle – „... aktiv für Neuenhagen!“ zu sein. In verschiedenen Themenfeldern wollen wir die ehrenamtliche Arbeit weiter voranbringen und optimieren.

A-A: Wie sind Sie zu dem Projekt gekommen?

Frau Schön: Über Veranstaltungen in der ARCHE-Neuenhagen bin ich mit deren Leiter, Ralf Lauckner, ins Gespräch gekommen. Die Aufgabe klang für mich anspruchsvoll und interessant; so habe ich sie angenommen.

A-A: Was ist für Sie eine engagierte Stadt?

Frau Schön: Für mich hat sie viele Facetten: Zunächst, offene, hilfsbereite Bürger und eine gute Verbindung zwischen lokal ansässigen Unternehmen, der Gemeindeverwaltung, Neuenhagener Vereinen, den Ortsverbänden und sozialen Einrichtungen zu schaffen. Ganz wichtig finde ich aber

auch eine gelebte Anerkennungskultur. Das geflügelte Wort der „hohen Hecken“ begegnet uns immer öfter – gerade für Zugezogene wünsche ich mir, dass sie sich in ihrer neuen Heimat schnell einleben können.

A-A: Warum glauben Sie, ist Neuenhagen ausgewählt worden?

Frau Schön: Weil bereits viele gemeinnützige Helfer am Werk sind und Neuenhagen weiteres Potential hat. Es hat diese Auszeichnung aus einem Kreis von mehr als 200 Bewerber-Gemeinden erhalten, da unser Konzept anscheinend überzeugend war – die Konstellation ist stimmig. Neuenhagen, im Speckgürtel

Berlins gelegen, stellt sich als Gartenstadt dieser Herausforderung gern.

A-A: Was können erste Projekte werden?

Frau Schön: Das Informationsbüro in der ARCHE-Neuenhagen zu etablieren, ist zuerst einmal ganz wichtig, um einen Anlaufpunkt für alle zu schaffen. Wir haben schon viele Ideen und Anfragen erhalten. So ist Neuenhagen daran interessiert, die ehrenamtlichen Strukturen in der Seniorenarbeit zu verjüngen. Die Volkssolidarität

würde sich über einen Fahrdienst freuen. Um die „Engagierte Stadt“ noch mehr publik zu machen, haben wir sie auf dem letzten Stammtisch

des Gewerbeverbandes vorgestellt. Auch das neue Projekt der Gemeinde „Neuenhagen summt!“ zum Schutz der Bienen möchte die „Engagierte Stadt“ unterstützen.

A-A: Wie kann man mitmachen?

Frau Schön: Immer mittwochs wird das Informationsbüro für bürgerschaftliches Engagement seine Sprechzeit in der ARCHE-Neuenhagen anbieten. Wir bitten jedoch um vorherige telefonische Anmeldung (03342 – 21584), damit wir eine wirklich gute Beratung sicherstellen können. Zusätzlich finden vierteljährlich Foren statt – die nächste öffentliche Zusammenkunft der „Engagierten Stadt“ ist für Mittwoch, den 6. April 2016 um 19 Uhr geplant. Jede und Jeder ist mit eigenen Vorschlägen herzlich willkommen!

A-A: Frau Schön, danke, dass Sie sich die Zeit für uns genommen haben. Wir wünschen Ihnen und Ihrem Kollegium viel Kraft für die kommende Zeit.

Das Interview führte **Sven Kindervater**. Seinen Artikel über die Auftaktveranstaltung finden Sie auf unserer Internetseite.

„Wir haben schon viele Ideen und Anfragen erhalten.“

Mut zur Wahrheit: Die AfD ist rassistisch

Von Julia Schlenker

Jüngst stellte sich die AfD mit fremdenfeindlichen Parolen und verfassungswidrigen Vorschlägen zum Umgang mit unbewaffneten, geflüchteten Menschen ins Abseits des demokratisch Geduldeten. So äußerte die Parteivorsitzende Frauke Petry, dass Polizisten an der Grenze auf Flüchtlinge schießen sollen, da es so im Gesetz stünde, und Parteivize Beatrix von Storch bejahte auf Facebook, dass der Einsatz von Schusswaffen auch gegen Frauen und Kinder gerichtet werden müsse. Abgesehen davon, dass nachweislich kein

Gesetzestext mit diesem oder ähnlichem Wortlaut existiert und beide Frauen später versuchten, zurück zu rudern, bleibt festzuhalten, dass hier eindeutig verfassungswidrige und hochgradig rassistische Vorschläge in die Diskussion zur Flüchtlingsthematik eingebracht wurden. Wir haben somit die Bestätigung: Die AfD tarnt ihre braune Politik hinter blauer Farbe. Die von der Parteispitze eingebrachten Vorschläge zeigen deutlich, dass es die AfD mit den demokratischen Grundsätzen und dem Grundgesetz nicht so ernst nimmt.

Am 24. Februar 2016 fand erneut eine AfD-Veranstaltung im Neuenhagener Bürgerhaus statt. Diese trug den Titel „Einbruchskriminalität in MOL“ und lud Interessierte dazu ein, mit AfD-Landtagsabgeordneten „über die Sicherheit unseres Eigentums und Einbruchsprävention zu sprechen“. Inhaltlich – wer hätte das gedacht – ging es dann überwiegend um Einbrecher und Kriminelle ausländischer Herkunft. Unmittelbar vor der AfD-Veranstaltung fanden sich wieder Neuenhagener*innen ein, um gegen diese rassistische Veranstaltung zu demonstrieren und mit fried-

lichem, buntem Protest ihren Unmut über diese Veranstaltung kundzutun.

Die demokratischen Parteien in Neuenhagen haben ein gemeinsames Statement zur AfD-Veranstaltung im Februar verfasst und sich in der Öffentlichkeit klar gegen diese Veranstaltung sowie gegen die rassistischen Positionen der AfD positioniert. Wichtig ist herauszustellen, dass für DIE LINKE, Die Grünen, SPD, FDP und CDU weder Gewalt noch das Schüren von Ängsten oder das Verbreiten fremdenfeindlicher Ressentiments ein probates Mittel für Politik sind.



Wir bleiben dabei: Keine 3. Startbahn am BER!



Kommunalreform im Dialog und mit Augenmaß!



Gerechte Kita-Beiträge: Das Land ist in der Pflicht!



Wir begrüßen das OVG-Urteil zu Altanschießern!

Das Volksbegehren „Keine 3. Startbahn am BER in Schönefeld“ ist zwar gescheitert. Dennoch hält die rot-rote Koalition Wort. Es gilt der Planfeststellungsbeschluss für den BER, der eine 3. Startbahn am Standort Schönefeld nicht vorsieht. Damit hat das Anliegen der Bürgerinitiativen die beste Grundlage gegeben, den Lärmschutz bestmöglich umzusetzen und eine Schadstoffemission zu verhindern. Den Versuchen seitens der CDU, das nicht ausreichende Stimmergebnis des Volksbegehrens umzudeuten und damit der 3. Startbahn doch noch planerische Wege zu öffnen, erteilt DIE LINKE eine eindeutige Absage.

DIE LINKE zieht eine positive Bilanz aus dem Bürgerdialog zur geplanten Kommunalreform im vergangenen Jahr. Viele der geäußerten Bedenken wollen wir sehr ernst nehmen. Da es in der Bevölkerung eine große Ablehnung gegenüber unüberschaubaren Großkreisen gibt, soll die geplante Mindesteinwohnerzahl für die Landkreise von 175.000 Einwohnern auf 150.000 Einwohner gesenkt werden. Landkreise sollen dabei nicht geteilt, sondern als Ganzes fusioniert werden. Wir werden die Reform mit bis zu 415 Mio. Euro Landesmitteln begleiten. Außerdem soll es eine Teilentschuldung der Kommunen geben.

Das Land hat, anders als Bildungsminister Baaske (SPD) behauptet, natürlich eine Verantwortung für gerechte Kita-Beiträge. Unterschiede von bis zu 500 Euro für einen Kita-Platz sind schlichtweg nicht hinnehmbar und eine unzumutbare Gerechtigkeitslücke. Brandenburg kann nicht einfach wegschauen, wenn junge Familien finanziell so stark belastet werden. Das Land ist in der Pflicht, Mustersatzungen zu verfassen und endlich Transparenz bei der Erhebung der Kita-Beiträge zu schaffen. Wir fordern deshalb nach wie vor, bis 2019 das letzte Kita-Jahr beitragsfrei zu gestalten – als Einstieg in die Beitragsfreiheit insgesamt.

Damit wird die gesamte Diskussion der Landespolitik und die Rechtsprechung der brandenburgischen Gerichte eigentlich vom Kopf auf die Füße gestellt. Besonders aus der Sicht, dass DIE LINKE bekanntermaßen 2009 noch aus der Opposition mit einer Stichtagsregelung einen Weg gehen wollte, der dieser höchst richterlichen Rechtsprechung entspricht, sich damit aber gegenüber SPD und CDU nicht durchsetzen konnte. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) hat die Beitragszahlungen in zwei Musterverfahren gekippt. Es geht nun bei allen Altanschießern um Rückzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe.

Politische Kultur

42. Neuenhagener Gespräch: Perspektive linker Medien



Tom Stroh Schneider

Die Medienlandschaft in

Deutschland befindet sich im Wandel. Das betrifft nicht nur die Auflagen der gedruckten Zeitungen, sondern die Kommunikation selbst. Lösen soziale Medien, Blogs, Twitter-Dienste etc. kontinuierlich die gedruckten Zeitungen ab? Wer gehört zur medialen Linken, wen erreicht das „Neue Deutschland“, die Tageszeitung, die „junge welt“ oder

auch der „Freitag“? Was ist nötig, um medial kampagnenfähig zu sein? Welchen realen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben Fernsehen, Rundfunk, haben Medienkonzerne wie Springer, Bertelsmann u.a.? Wie groß ist die Glaubwürdigkeitskrise des professionellen Journalismus und kann sie überwunden werden? Das möchten wir

in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit Tom Stroh Schneider, Chefredakteur des Neuen Deutschlands, besprechen und laden Sie herzlich ein:

Am 16.3.2016, 19.00 Uhr, im Bürgerhaus Neuenhagen, Hauptstr. 2

Erste Stolpersteine in Neuenhagen verlegt

Von Werner Niebsch

Am Donnerstag, dem 11. Februar wurden vor dem Rathauseingang und in der Hauptstraße, am Haus der Senioren, die ersten Stolpersteine verlegt. Damit wurde eines unserer Wahlziele umgesetzt. Herr Bürgermeister Henze begrüßte als Ehrengäste Frau Strumpf, Enkelin von Erna und Herbert Smilowski und Herrn Eugen Solf, Enkel von Johanna Solf. Trotz des schlechten Wetters waren

zahlreiche Gäste gekommen, die den Worten von Herrn Stolz lauschten. Herr Günther Demnig berichtete nach

dem Setzen von sechs Steinen für die Familie Smilowski in bewegenden Worten von seinen knapp 25-jährigen Er-



fahrungen und Erlebnissen mit der Aktion Stolpersteine. In der Hauptstraße wurde dann ein weiterer Stein für Johanna Solf verlegt. Hier würdigte Herr Niebsch das Leben und Wirken dieser tapferen Frau. Herr Solf sprach in sehr persönlichen Worten darüber, wie das Vermächtnis seiner Großmutter von ihm und seiner Familie gelebt wird.

Ein Video der Verlegung finden Sie auf unserem YouTube-Kanal.

GartenNachbarn: Mittelbereichs-Kommunen ziehen an einem Strang

Für die Region ist die im April 2017 beginnende internationale Gartenausstellung (IGA) in Berlin-Hellersdorf eine große kulturelle und wirtschaftliche Chance. Mehr als 2 Millionen Besucherinnen und Besucher werden erwartet. Die Ausstellung soll ca. ein halbes Jahr dauern.

Neuenhagen hat mit seinen Nachbargemeinden eine kommunale Arbeitsgemeinschaft gebildet, um sich gemeinsam auf der Internationalen Gartenausstellung (IGA) als „Korrespondenzregion“ zu präsentieren (siehe Foto). Hoppegarten, Neuenhagen, Rüdersdorf, Fredersdorf-Vogelsdorf und die Stadt Altlandsberg haben dazu bereits im Herbst 2015 eine entsprechende Vereinbarung getroffen, die nicht nur die Zusammenarbeit mit Blick auf die IGA regelt, sondern auch weitere Projekt bis 2020 umfassen soll.

Jeder GartenNachbar ist mit einzelnen kommunalen Projekten und Anziehungspunkten

dabei. So will Altlandsberg sein Schlossgut präsentieren, Rüdersdorf will seinen Ortskern wiederaufbauen. Rüdersdorf hat außerdem bereits für den Museumspark sowie das kurfürstliche Bergschreiberamt eine Förderung mit Bundesmitteln für Städtebauprojekte mit nationaler Bedeutung in Aussicht. Fredersdorf-Vogelsdorf will seinen Gutshof wiederbeleben. In Hoppegarten soll der alte Kaiserbahnhof saniert und eine PS-Remise eingerichtet werden. Neuenhagen ist mit dem Sport- und Geschichtspark Bollensdorf dabei. Für diese und weitere Projekte bewerben sich die fünf Gemeinden gemeinsam im Rahmen eines Stadt-Umland-Wettbewerbes um Fördermittel des Landes. Die Gemeindeverwaltung Neuenhagen ist als Lead-Partner mit der politischen Koordinierung des Projektes betraut.

Hier kann ein wirklicher Leuchtturm der kommunalen Kooperation entstehen. Es ist außerdem ein gutes Zeichen

dafür, dass wir im Mittelbereich wieder zu einem guten und für alle Seiten vorteilhaften Miteinander kommen.

So freuen wir uns nicht minder, dass es mittlerweile eine noch größere Runde mit dem Projekt „Regionalmanagement für Marzahn-Hellersdorf / Märkisch-Oderland sowie Gemeinde Ahrensfelde“ gibt, der historisch ersten Kooperation über Bundesländergrenzen hinweg. Das Regionalmanagement ist schwerpunktmäßig auf die Themen bzw. Wirtschaftsbranchen Industrie, Tourismus, Gesundheit und „Energieeffizienz/Erneuerbare

Energien/e-Mobilität“ sowie das Querschnittsthema „Fachkräftesicherung“ ausgerichtet, heißt es in einer Pressemitteilung.

Nach einigen Jahren des Stillstands freuen wir uns, dass nun eines der zentralen Forderungen unseres Wahlprogrammes von 2014 umgesetzt wird. Dort hieß es: „Abschluss neuer Kooperationsverträge zwischen allen Mittelbereichskommunen zur gemeinsamen Weiterentwicklung unserer Region.“ Nun können gemeinsam durch diesen Erfolg wichtige Erfahrungen für die Zukunft gesammelt werden.



Lesetipps

Mathis Oberhof: „Refugees Welcome!“ »Die Geschichte einer gelungenen Integration – So können Sie helfen – Ein Mutmach-Buch«

Wandlitz – ein kleiner Ort in Brandenburg. 2013 wurde hier ein Flüchtlingsheim eröffnet. Was viele zunächst als Bedrohung empfanden, wird heute

als Bereicherung gesehen. In Wandlitz sind aus Fremden Freunde geworden. Wie das funktioniert hat, davon erzählt Bürgerrechtler Mathis Oberhof in diesem Buch. Darüber hinaus gibt er nützliche und konkrete Tipps, wie ein gelungenes Miteinander zu gestalten ist und zeigt auf, wie man helfen kann, damit aus Willkommenskultur Integrationskultur wird.

Katja Kipping: Wer flüchtet schon freiwillig? »Wie zum Teufel können wir weiterleben, obwohl wir wissen, dass diese Dinge geschehen?«

Wer Waffen sät, erntet Flüchtlinge. Kippings Buch wirft ein Schlaglicht auf den Anteil des Westens an den Flüchtlingsströmen. Es verweist auf die Mitverantwortung der Bundesrepublik, einem der größten Waffenexporteure der

Welt. „Die täglich hier ankommenden Geflüchteten führen uns unsere Mitverantwortung am Zustand dieser Welt vor Augen. Ihre Botschaft lautet: So wie wir wirtschaften und handeln, wie wir arbeiten, konsumieren und Politik machen – so kann es nicht weitergehen.“. Katja Kipping,

LINKEN-Vorsitzende und Sozialpolitikerin, beschreibt, wie dem zunehmenden Rassismus zu begegnen ist, und entwirft ein Mut machendes Bild für die Zukunft.

Beide Bücher erhalten Sie in der Buchhandlung Büniger in der Ernst-Thälmann-Str. 36.



Impressum
ANSICHTEN - AUSSICHTEN

Herausgeber: Ortsverband
Neuenhagen bei Berlin
der Partei DIE LINKE
Dr. Arno Gassmann
Wolterstr. 12
15366 Neuenhagen bei Berlin

Die Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veröffentlichte Zuschriften müssen nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

neuenhagen@dielinke-mol.de